

Berlin, den 6. 1. 1984

BStU

000547

Bericht

Am 6. 1. 1984 von 9.30 Uhr bis 12.15 Uhr fand im IPW auf Wunsch des Zentralrates der FdJ und auf Wunsch des Leiters der Jungsozialisten, Rudolf Hartung, ein politisch-wissenschaftlicher Meinungsaustausch statt.

Zur Delegation gehörten:

Hartung, Rudolf	(Vorsitzender)
Skirke, Ulf	(stellv. Vorsitzender)
Scholz, Olaf	(" "
Worsch, Jochen	" "
Wegner, Horst	(Bundesgeschäftsführer)
Neuser, Norbert	

Hauptgegenstand der Diskussion waren Fragen, die von Seiten der Jungsozialisten aufgeworfen wurden.

Im einzelnen richteten sich ihre Fragestellungen auf folgendes: (Gesprächsführer waren R. Hartung, Vorsitzender der Jungsozialisten, und sein designierter Nachfolger, U. Skirke.)

- Beurteilung der Entwicklungstendenzen der internationalen Lage in den nächsten 3 Jahren;
- Einschätzung der Friedensbewegung in der BRD;
- Wirkung der Raketenstationierung in der DDR und CSSR auf die Friedensbewegung in Westeuropa;
- Militärischer Sinn und politische Notwendigkeit der Raketenstationierung in der DDR und CSSR (schwenkt die SU damit auf das Konzept eines auf Europa begrenzbaren Nuklearkrieges ein?);
- wird die Sowjetunion nach kurzer Zeit an den Verhandlungen in Genf wieder teilnehmen und damit die entsprechenden Erwartungen konservativer Kreise im Westen bestätigen?;

- welche Möglichkeiten sieht man in der DDR für die Unterstützung und Realisierung regionaler Friedensinitiativen (atomwaffenfreie Zone Nordeuropa, Mitteleuropa und auf dem Balkan, Vereinbarung über ein von chemischen Waffensystemen freies Territorium zwischen der BRD und der DDR);
- wie beurteilt das IPW die Entwicklung der Konjunkturlage in den USA und Westeuropa.

Bei der Diskussion dieser Fragen wurden folgende Standpunkte der Juso-Delegation deutlich:

- Prozeß der Konfrontation in den internationalen Beziehungen wird als längerfristig beurteilt. Dies sei das Ergebnis einer umfassend konzipierten Globalstrategie der USA. In diesem Zusammenhang sei nicht nur die militärische Konfrontation in Mitteleuropa zu sehen, sondern auch die - im Ergebnis der USA-Politik im Weltmaßstab stattfindenden - Militarisierungsprozesse und das Entstehen regionaler Spannungspotentiale. Man müsse den Blick über den europäischen Schauplatz hinaus auch deshalb richten, weil in zunehmendem Maße Rückwirkungen aus anderen Regionen auf Europa zu erwarten seien. Insbesondere Hartung vertrat die Auffassung, daß gegenwärtig eher weitere Erfolge als Mißerfolge für die militärisch fundierte Außenpolitik der USA z. B. in Afrika und im Nahen Osten zu erwarten seien. Damit wachse für die USA der Spielraum, ihre Politik als Interessenverteidigung aller westlichen Länder auszugeben, und für die konservativen Kräfte in den mit den USA verbündeten Staaten werde ein erweiterter innenpolitischer Spielraum geschaffen.
- In der Bundesrepublik sei mit einer Fortsetzung der jetzigen CDU/FDP-Politik zu rechnen. Das bedeute: Im politischen und militärischen Bereich werde man den Konfrontationskurs der USA nach- und mitvollziehen, gleichzeitig aber versuchen, die ökonomischen Vorteile einer Zusammen-

arbeit mit dem Osten auszunutzen, auch gegen USA-Interessen in diesem Bereich.

Hartung hob hervor, daß - trotz der Bagatellisierung der Aufstellung von Raketensystemen in der DDR und CSSR durch rechte Kreise in der BRD - die Gefahr einer Schwächung und Spaltung der Friedensbewegung in der BRD durch die militärischen Maßnahmen der DDR und der CSSR begünstigt werde.

Besonders seitens der Grünen würde die "Notwendigkeit" einer zunehmenden Abschottung gegen die DDR mit dieser Begründung propagiert.

Aus seiner Sicht sei es notwendig, vor allem den USA "etwas vor die Tür zu stellen". Die Stationierung von Nuklearsystemen, die auf die Stationierungsorte in Westeuropa gerichtet seien, stelle keine adäquate Bedrohung der USA dar.

Die konservativen Kräfte in Westeuropa könnten trotz der Aktivität der Friedensbewegung und sozial-politischer Folgen der Krise doch mit weitgehendem Einfluß auf die Massen rechnen.

So gelingt es nicht, eine Relation zwischen der Problematik der 35-Stunden-Woche und der Hochrüstung herzustellen.

Aus der Sicht der Jungsozialisten käme es vor allem darauf an, die Möglichkeiten des Ost-West-Dialogs zu nutzen, um unterhalb der Ebene der Verhandlungen der USA und der Sowjetunion den Spielraum zu Vereinbarungen über Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszufüllen, so z. B. im Hinblick auf kernwaffenfreie Zonen oder einen Stationierungsverzicht chemischer Waffen.

Überlegung für neue Strategie hätten bisher fast ausschließlich im Nuklearbereich stattgefunden. Es gebe bisher keine nennenswerten Gegenpositionen zur zusätzlichen Hochrüstung im konventionellen Bereich.

- Der intensive Dialog der sozialistischen Staaten auch mit konservativen Kreisen wird für nützlich gehalten.

In Moskau habe man bei Gesprächen den Eindruck gehabt, daß es ein zunehmendes Desinteresse an Kontakten und Gesprächen mit

konservativen Kreisen gebe. Das sei für die Perspektive der Entspannungspolitik nicht zweckmäßig.

- Hartung und sein designierter Nachfolger Skirke traten für Städtepartnerschaften zwischen der DDR und der BRD ein und stellten die Frage, warum derartige Verbindungen aus unserer Sicht nicht erwünscht seien. Gerade daraus würde eine Möglichkeit erwachsen, die Barriere des Informationsmonopols zu durchbrechen und friedenspolitische Positionen der DDR und der sozialistischen Länder breiter bekannt zu machen.

Wie stark das Informationsmonopol wirkt und welche Auswirkungen dies auch in der Friedensbewegung hat, wurde am Beispiel der Festnahme von zwei Frauen der "unabhängigen" Friedensbewegung in der DDR und der Behandlung des Falles in den westlichen Medien erörtert. Dies und die Ankündigung der Raketenstationierung seitens der DDR habe die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage der BRD im Bewußtsein ihrer Bürger weitgehend verdrängt.

Das Gespräch fand insgesamt in einer aufgeschlossenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Unsachlich heftig reagierte der Delegationsvorsitzende Hartung, als der Vertreter des Zentralrates, Günter Bohn, die DDR-Diskussionspartner informierte, daß zu Fragen der Städtepartnerschaft, des Kulturaustauschs zwischen der DDR und der BRD, der Inhaftierung von zwei Frauen "der unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR u.ä. bereits ein Gespräch mit den Genossen Krenz und Häber stattgefunden habe.

Hartung sagte, daß er Fragen, die er hier zur Diskussion stellen wolle, nicht zensieren lasse.

Die plötzlich aufbrechende Verstimmung konnte im weiteren Verlauf der Diskussion abgebaut werden.

Seitens der Delegation der Jungsozialisten wurde der Wunsch zu einer Fortsetzung derartiger Kontakte und Gespräche zum Ausdruck gebracht. Vor allem Fragen der Ökonomie und Konjunktur-entwicklung sowie der Einschätzung der Krise in den kapitalistischen Ländern könnten Themenschwerpunkte bilden.